

# Die Neutralität Irlands

## Identitätsmerkmal und Rahmen sicherheits- und verteidigungspolitischer Diskussionen

---

Kenneth McDonagh<sup>1</sup>

### Einführung

Die Ursprünge der irischen Neutralität sind in der Fachliteratur umstritten. Einige Forscher:innen sehen sie als Ausdruck des antikolonialen Nationalismus in Irland<sup>2</sup>, andere sehen sie in ähnlicher Weise als Teil der nationalen Identität und betonen damit, dass sich Irland in der Außen- und Sicherheitspolitik durch seine Neutralität vor allem von seiner früheren Kolonialmacht Großbritannien abgrenzen wollte<sup>3</sup>. Wieder andere sehen sie als pragmatische Reaktion auf die Komplexität innenpolitischer Konflikte und auf die Komplexität des Verhältnisses Irlands zu seinem unmittelbaren Nachbarn sowie als Produkt geopolitischer Realitäten.<sup>4</sup> Kritiker:innen der Neutralität bezeichnen sie als eine opportunistische und durchschaubare Strategie, mit der Irland von der Sicherheitspolitik seiner Nachbarländer profitiert und wenig bis keine Kosten für die eigene Sicherheit trägt – in anderen Worten als sicherheitspolitisches Trittbrettfahren oder *free-riding*.<sup>5</sup> Einen Überblick über die unterschiedliche Sichtweisen auf die Neutralität Irlands und über deren historische Entwicklung hat jüngst der irische Journalist Conor Gallagher in seinem Buch *Is Ireland Neutral?* gegeben.<sup>6</sup> Hinsichtlich der titelgebenden Frage seines Buches, ob Irland neutral ist, kommt er zu dem Schluss: »Es ist näher an der Neutralität als an der Nicht-Neutralität. Die irische Bevölkerung muss nur entscheiden, ob sie mit dieser Position zufrieden ist.«<sup>7</sup>

Eine Entscheidung über die Neutralität setzt eine Debatte voraus – in Irland bleibt diese jedoch aus. Alle politischen Parteien sprechen sich für die Beibehaltung der permanenten Neutralität aus und dementsprechend befürwortet keine von ihnen offen einen Beitritt zur Nordatlantikvertrags-Organisation (eng.: North Atlantic Treaty Organization, NATO) oder einer anderen Form der gemeinsamen Verteidigung. Diese Position wird auch durch die öffentliche Meinung gestützt.<sup>8</sup> Die Neutralität bildet vielmehr einen übergeordneten und unhinterfragten Rahmen für Debatten über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Irlands.

Dieser Beitrag untersucht, wie politische Akteur:innen in Irland die Neutralität auf unterschiedliche Weise in Debatten zur Außen- und Sicherheitspolitik genutzt und ihre Bedeutung im Laufe der Zeit zur Verwirklichung einer Reihe von politischen Maßnahmen und Positionen flexibel interpretiert haben.<sup>9</sup> Diese unterschiedlichen Interpretationen der Neutralität auf Ebene der Eliten und der Bevölkerung und die sich daraus ergebende Bandbreite an Beziehungen und Verpflichtungen sind für einen Großteil der Kontroverse in der Diskussion über die Sicherheitspolitik in Irland verantwortlich. Betrachtet man diese Diskussion genauer, so kann man die Flexibilität des Begriffs und die symbolische Rolle erkennen, die er für die nationale Identität und das außenpolitische Selbstverständnis Irlands spielt.

Der Beitrag zeichnet zunächst nach, wie Irlands Außenpolitik die Neutralität mit seinem Engagement in globalen und europäischen Sicherheitsstrukturen in Einklang gebracht hat. Danach setzt er sich mit der aktuellen Debatte über Irlands Sicherheits- und Verteidigungspolitik auseinander. Abschließend arbeitet der Beitrag heraus, dass es für Irland angesichts der Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene immer schwieriger wird, seine derzeitige Haltung beizubehalten. Irland muss sich ernsthaft mit seinen eigenen Sicherheitsbedürfnissen auseinandersetzen, verfügt derzeit jedoch nicht über die politischen und institutionellen Strukturen und Fähigkeiten, um eine angemessene Bewertung der eigenen sicherheits- und verteidigungspolitischen Bedürfnisse vorzunehmen. Die Lehren, die aus diesem Beitrag gezogen werden können, sind nicht nur für Irland, sondern auch für die anderen neutralen Mitgliedstaaten der EU relevant. Der Sonderstatus dieser Staaten ist noch deutlicher geworden, seit Schweden und Finnland der NATO beigetreten sind und Dänemark sein *opt-out* aus der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU beendet hat.

## Irland, Neutralität und europäische Verteidigung

Um den Status der Neutralität als Rahmen für Debatten über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Irlands zu verstehen, muss man ihre Rolle im irischen Nationalismus während des Unabhängigkeitskampfes und bei der Mythologisierung der zentralen politischen Figur der wichtigsten politischen Partei der irischen Nachkriegsgeschichte – Eamon De Valera und Fianna Fáil – berücksichtigen.<sup>10</sup> Bereits vor der Unabhängigkeit hatten sich prominente irische Nationalisten wie Sir Roger Casement für eine Neutralität Irlands in Kolonialkonflikten des Britischen Empire eingesetzt, insbesondere im Burenkrieg. Diese Haltung setzte sich im Ersten Weltkrieg fort: Ein Schlüsselmoment war dabei die Spaltung der Irish Volunteers, einer 1913 gegründeten, paramilitärischen Vereinigung irischer Nationalisten. Während eine Mehrheit ihrer Mitglieder John Redmond unter britischer Flagge an die Front folgt, verblieben rund 10.000 Mitglieder in Irland. Dies bedeutete in den folgenden Jahren das Ende des konstitutionellen Nationalismus, also des friedlichen Strebens nach der Selbstverwaltung Irlands als *white dominion* innerhalb des British Empire.

Der Osteraufstand von 1916 und insbesondere seine Folgen, gekoppelt mit den Schrecken des Ersten Weltkriegs, führten die irische Bevölkerung zunehmend auf die Seite jener, die eine vollständige Trennung vom Vereinigten Königreich forderten. Zudem ist

die Forderung einer Verweigerung der Einberufung zum Wehrdienst für Großbritannien, die im Wahlprogramm der Partei *Sinn Féin* von 1918 enthalten war, ein wesentlicher, wenn auch zu wenig erforschter Aspekt des Umschwungs Irlands vom *Home Rule* zum gewaltsamen Republikanismus in dieser Zeit.<sup>11</sup>

Ironischerweise sorgte der unvollständige Charakter der 1922 erreichten Unabhängigkeit dafür, dass die Neutralität für die Identität des entstehenden irischen Staates noch wichtiger wurde. Die erste irische Regierung engagierte sich im Völkerbund und dem neu gegründeten British Commonwealth of Nations, um das Völkerrecht so weit wie möglich zur Anerkennung und Festigung der irischen Unabhängigkeit zu nutzen. Gleichzeitig sorgte jedoch die Tatsache, dass die britische Marine weiterhin drei Tiefseehäfen als sogenannte Vertrags-Häfen (*treaty ports*) an der irischen Küste behielt<sup>12</sup>, dafür, dass eine Neutralität Irlands im Konfliktfall unmöglich gewesen wäre und dass die Rückgabe dieser Häfen eine zentrale Rolle in Irlands Streben nach Unabhängigkeit spielte.

Eamon De Valera wurde 1932 zum ersten Mal ins Amt des Premierministers (Taoiseach) gewählt und sollte Irlands längst dienender Premierminister werden. Die von ihm gegründete Partei Fianna Fáil sollte die irische Politik bis zu einer katastrophalen Wahlniederlage im Jahr 2011 dominieren.<sup>13</sup> Der Wirtschaftskrieg mit Großbritannien, der in den 1930er-Jahren unter dem Motto »Burn everything British but their coal« geführt wurde, führte schließlich zum Zugeständnis, dass die drei Vertrags-Häfen an Irland zurückgegeben wurden, wodurch Irland bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1939 seine Neutralität erklären konnte. Trotz der Mythenbildung um die irische Neutralität im Zweiten Weltkrieg durch die Regierung – gute Beispiele hierfür sind De Valeras Radioansprache vom 16. Mai 1945, in der er die von Winston Churchill drei Tage zuvor geäußerte Kritik an Irlands Neutralität scharf zurückwies<sup>14</sup>, und die Beileidsbekundungen an den deutschen Botschafter zum Tod Hitlers – war Irlands Position während des Krieges durch die Zusammenarbeit und Notfallplanungen mit den Alliierten geprägt, wie Eunan O’Halpin in seinem Buch *Spying on Ireland* dokumentiert<sup>15</sup>.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand sich Irland trotz seiner Vergangenheit als aktiver Mitgliedstaat des Völkerbunds am Rand der Weltpolitik. Aufgrund sowjetischer Einwände – offiziell wegen der irischen Neutralität, jedoch wohl eher von dem Bestreben getragen, die Zahl pro-westlicher Stimmen in den Vereinten Nation zu begrenzen – wurde Irland zunächst von den Vereinten Nationen (VN; eng.: United Nations Organization, UNO) ausgeschlossen. Seinerseits entschied sich Irland aufgrund des anhaltenden Territorialstreits mit Großbritannien gegen eine Teilnahme an der entstehenden NATO. Als Irland im Jahr 1955 schließlich doch Mitglied der Vereinten Nationen wurde, zeigte sich die Paradoxie der irischen Position in den Reden des damaligen Taoiseach John Costello und des Außenministers Liam Cosgrave, in denen sie die drei Ziele der irischen Mitgliedschaft darlegten, die zumindest widersprüchlich, wenn nicht gar unvereinbar miteinander schienen: die Unterstützung der Vereinten Nationen, des Prinzips der Unabhängigkeit und des Antikommunismus.<sup>16</sup>

Neben Irlands kultureller Nähe zum Westen im Kalten Krieg verdeutlichten auch wirtschaftliche und praktische Gegebenheiten – darunter die gemeinsamen Reise- und Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich sowie die Bindung der irischen Währung an das britische Pfund – die enge Verflechtung mit dem Westen. Trotzdem gelang es Irland, sein Bestreben, eine neutrale Kraft in der internationalen Politik zu

sein, in einigen Schlüsselbereichen zum Ausdruck zu bringen, insbesondere in der nuklearen Abrüstung und bei Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Seit der ersten Entsendung irischer Truppen zur United Nations Observer Group in Lebanon (UNOGIL) im Jahr 1958 hat das irische Militär keinen einzigen Tag ohne Teilnahme an Friedenseinsätzen der VN verbracht.

Ein aufschlussreiches Beispiel für die irische Haltung zu diesen Einsätzen sind die gegensätzlichen Wahrnehmungen zweier bedeutender Vorfälle während der irischen Beteiligung an der UN-Mission im Kongo (United Nations Operation in the Congo, UNOC). Der eine, der Niemba-Hinterhalt von 8. November 1960, bei dem neun irische Blauhelme von Milizionären der Luba getötet wurden, erhielt große mediale Aufmerksamkeit und wurde oft als Symbol für die Opferbereitschaft irischer Friedenstruppen herangezogen. Der andere, die fünftägige Belagerung von Jadotville von 13. bis 19. September 1961, bei der irische Blauhelme ohne Unterstützung einen UN-Außenposten gegen eine weit überlegene feindliche Streitmacht verteidigten, bevor sie sich schließlich ergeben mussten, blieb lange Zeit im Verborgenen. Erst nach 50 Jahren konnte Irland sich mit dem Einsatz militärischer Gewalt durch seine Soldaten im Ausland auseinandersetzen und den beteiligten Soldaten schließlich Anerkennung für ihren Mut zollen.<sup>17</sup>

Nur wenige UN-Missionen nach dem Kongo waren ähnlich robust mandatiert. Die fortgesetzte Beteiligung Irlands an internationalen Einsätzen hat sich jedoch als wertvolle Stütze für die irischen Streitkräfte erwiesen (nicht zuletzt im Bereich der Besoldung von Soldaten) und fand breite Zustimmung in der Bevölkerung. Das Patt des Kalten Krieges sorgte außerdem dafür, dass UN-Missionen weniger politisch umstritten waren, und der Schwerpunkt auf Friedenssicherung und Beobachtungseinsätze verhinderte eine erneute Auseinandersetzung mit Fragen militärischer Gewaltanwendung.

Parallel zu seinen Aktivitäten in den Vereinten Nationen wurde Irland ab 1973 zunehmend in den europäischen Integrationsprozess eingebunden. Die Bestrebungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beizutreten wurden zwar von mehreren Parteien (darunter Sinn Féin und die Labour Party) abgelehnt, von den beiden großen Parteien jedoch unterstützt und in einem Referendum 1972 mit überwältigender Mehrheit angenommen. Der Hauptgrund für die Ablehnung der Mitgliedschaft war die Sorge vor einer Bedrohung der irischen Industrie – nicht die Sorge um die Neutralität. Trotzdem stellte die EWG-Mitgliedschaft Irlands Status als neutraler Staat vor neue Herausforderungen, da es unter den neun EWG-Staaten der einzige Staat außerhalb der NATO war. Gleichzeitig vertiefte der EWG-Beitritt die politische und wirtschaftliche Integration Irlands mit Westeuropa. Paradoxerweise wurde die Einschränkung der staatlichen Souveränität Irlands zumindest teilweise als Mittel zur Durchsetzung der Trennung vom Vereinigten Königreich gesehen. So ist es etwa schwer vorstellbar, wie Irland sich ohne die Unterstützung der EWG-Institutionen von der Bindung an das britische Pfund hätte lösen können. Mit dem Beitritt zur EWG endeten schließlich auch alle Aussichten auf eine Formalisierung der Beziehungen zur Bewegung der Blockfreien Staaten (eng.: Non-Aligned Movement, NAM).

Die Spannungen zwischen der irischen Außen- und Sicherheitspolitik und der europäischen Integration traten in Irland jedoch erst mit den Vertragsreformen der 1990er- und 2000er-Jahre zutage. Als die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der

EU Gestalt annahm, zeigte sich der Widerspruch zur militärischen Neutralität Irlands zunächst in den Referenden über die Verträge von Maastricht und Amsterdam und dann noch deutlicher im Referendum über den Vertrag von Nizza, der von der irischen Bevölkerung zunächst abgelehnt wurde.

Im Gegensatz zu anderen EU-Staaten muss Irland jede Ratifikation von Änderungen der EU-Verträge durch ein Referendum bestätigen. Dies geht auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 1987 (*Crotty v An Taoiseach* [1987] IR 713) zurück, das auf eine Klage von Raymond Crotty gegen die Regierung und ihren Versuch einer Ratifikation der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) folgte. Das Urteil des Obersten Gerichtshof erklärte die Ratifikation der EEA für verfassungswidrig und warf dabei vor allem Frage der Souveränität auf: ob eine Regierung das Recht habe, Teile der irischen Souveränität, insbesondere in der Außenpolitik, den Interessen anderer Staaten unterzuordnen und ob ein solcher Schritt verfassungskonform wäre.<sup>18</sup> Das Urteil kam zu dem Schluss, dass die EEA einen Eingriff in die Souveränität Irlands darstelle und demnach eine Änderung der Verfassung notwendig mache, die ihrerseits eines Referendums bedarf. Die EEA führte dementsprechend zur zehnten Änderung der irischen Verfassung (Tenth Amendment of the Constitution Act, 1987), die im Mai 1987 ein Referendum unterzogen wurde. Seit *Crotty v An Taoiseach* haben die Regierungen Irlands Änderungen der EU-Verträge über diesen Weg einer Volksabstimmung unterzogen.<sup>19</sup> Dies und ein Gerichtsurteil aus dem Jahr 1995, das die Regierung Irlands daran hindert, staatliche Mittel zur Förderung eines bestimmten Ergebnisses eines Referendums einzusetzen,<sup>20</sup> haben zur Konsequenz, dass Vertragsratifizierungen politisch höchst umstritten sein könnten.

Nach dem Scheitern des ersten Referendums über den Vertrag von Nizza im Juni 2001 und um Bedenken hinsichtlich der Neutralität zu entschärfen, verhandelte die irische Regierung mit den anderen EU-Staaten im Rahmen des Europäischen Rates von Sevilla die sogenannte »Sevilla-Erklärung«<sup>21</sup>, in der Irlands Status als militärisch neutraler Staat bekräftigt wurde. Zudem nahm die Regierung in die Änderung der irischen Verfassung, die für die Ratifikation des Vertrags von Nizza notwendig war, eine Bestimmung (Artikel 29.4.9) auf, die Irland den Beitritt zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigung untersagt.<sup>22</sup>

Der Vertrag von Nizza wurde schließlich im zweiten Anlauf im Oktober 2002 angenommen. Der auf ihn folgende Vertrag von Lissabon wurde hingegen wiederum und trotz der genannten Zusicherungen im ersten Anlauf abgelehnt. Die Gründe hierfür waren vor allem Bedenken über die neu definierte Begrenzung der Anzahl an EU-Kommissaren<sup>23</sup> und über die gegenseitige Unterstützung der EU-Staaten gemäß Artikel 42 Absatz 7 und Artikel 222 des Vertrages. Nach erneuten Verhandlungen wurde der Vertrag in einem zweiten Anlauf im Oktober 2009 angenommen, allerdings unter sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen.

Interessanterweise unterstützten sowohl im Fall des Vertrags von Nizza als auch im Fall des Vertrags von Lissabon die drei großen politischen Parteien die Verträge uneingeschränkt, ebenso wie die kleineren und inzwischen aufgelösten Progressive Democrats. Offener Widerstand beschränkte sich auf die winzige Socialist Party, die Green Party, Sinn Féin und andere unabhängige Stimmen aus dem linken Lager sowie auf eine kurzlebige proto-populistische Organisation namens Libertas, die vom sozialkonservativen und wirtschaftsliberalen Millionär Declan Ganley, finanziert wurde.<sup>24</sup> Dass der Vertrag

von Nizza und der Vertrag von Lissabon trotz der starken Unterstützung der beiden großen Parteien im ersten Anlauf abgelehnt wurden, deutet darauf hin, dass in Irland eine Kluft zwischen der Wahrnehmung der Eliten hinsichtlich der Vorteile einer EU-Mitgliedschaft und den Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich der Souveränität und Neutralität existiert.<sup>25</sup>

Trotz der Skepsis der Öffentlichkeit hat Irland in den letzten 14 Jahren bedeutende Beiträge sowohl zu den EU-Battlegroups als auch zu Missionen im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) geleistet. Obwohl die irische Beteiligung an der Tschad-Mission der European Union Force (EUFOR CHAD/RCA) nicht unumstritten war, blieb der pro-europäische Konsens bestehen, und die GSVP-Missionen blieben weitgehend von kritischen Stimmen verschont, da sie dem sogenannten »Triple-Lock«-Prinzip entsprachen. Dieses Prinzip sieht vor, dass die Entsendung von Streitkräften nur auf Basis einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie mit Zustimmung der Regierung und des Parlaments erfolgen darf.<sup>26</sup> Realpolitisch handelt es sich dabei jedoch lediglich um ein »Double-Lock«-Prinzip, da es äußerst selten vorkommt, dass eine Regierung eine Abstimmung im Parlament verliert. Selbst in Fällen von Minderheitsregierungen, wie zwischen 2016 und 2020, sorgte die Unterstützung der beiden großen Parteien für Aktivitäten im Rahmen der GSVP dafür, dass eine Niederlage bei einer Abstimmung über den Einsatz im Dáil, dem Unterhaus des irischen Parlaments (Oireachtas Éireann), unwahrscheinlich war. Die veränderte politische Landschaft in Irland nach 2011 erhöhte jedoch die Wahrscheinlichkeit einer effektiven parlamentarischen Opposition gegen die irische Beteiligung an der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.

Bis 2011 herrschte zwischen den wichtigsten irischen Parteien ein relativer Konsens in Bezug auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wobei die Partei Fine Gael eine leichte Tendenz zur Unterstützung einer stärkeren militärischen Integration aufwies, die Labour Party sich stärker zur Neutralität bekannte und Fianna Fáil dazwischen lag. Die Weißbücher zur Verteidigung aus den Jahren 2000 und 2015<sup>27</sup> sowie die Weißbücher zur Außenpolitik aus den Jahren 1996 und 2015<sup>28</sup> spiegelten diesen Konsens wider und betonten Irlands Rolle als konstruktives und engagiertes Mitglied der internationalen Gemeinschaft, das sich auf die Einhaltung des Völkerrechts konzentriert, aber auch bereit ist, in Solidarität mit Staaten zu handeln, die auf dasselbe Ziel hinarbeiten.

Die Finanzkrise 2007–2008 und der darauf folgende systemische Schock der irischen Wirtschaft führten jedoch zu einem noch nie dagewesenen Einbruch der Fianna Fáil auf nationaler Ebene bei den Wahlen 2011.<sup>29</sup> Im Jahr 2016 wurden auch Fine Gael und die Labour Party von den Wähler:innen abgestraft und zwar für die für die Sparpolitik, die Irland im Rahmen des Hilfsprogramms des Internationalen Währungsfonds und der EU verordnete bekommen hatte.<sup>30</sup> Das Muster, das sich nach der Wahl 2020 abzeichnete, mit drei etwa gleich großen Parteien (Fianna Fáil, Fine Gael und Sinn Féin) und einer Reihe kleinerer Parteien und Unabhängiger, wiederholte sich bei der Wahl 2024. In beiden Fällen war eine Koalitionsregierung, an der zwei der drei größeren Parteien beteiligt waren, die einzige realisierbare Option, auch wenn entweder eine Gruppe von Unabhängigen (wie im Jahr 2025) oder eine kleinere Partei, wie die Green Party im Jahr 2020, dazu geholt werden müssen, um der Regierung eine stabile Mehrheit zu verschaffen.<sup>31</sup>

Die zentrale Veränderung ist jedoch, dass im Parlament nunmehr politische Gruppierungen wesentlich stärker vertreten sind, die der europäischen Integration und dem Neutralitätsverständnis der Regierung traditionell kritisch gegenüberstehen. Inwieweit dies zu einem Wandel in der irischen Sicherheitspolitik führt, wird im weiteren Verlauf dieses Beitrags und anhand von drei Schlüsselmomenten untersucht, die den Charakter der Sicherheits- und Verteidigungsdebatten in der gegenwärtigen Politik Irlands verdeutlichen: (1) die Debatte über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (eng.: Permanent Structured Cooperation, PESCO) im Unterhaus des irischen Parlaments, dem Dáil Éireann, (2) die irischen Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, einschließlich des Consultative Forum on International Security Policy, und schließlich (3) die Parlamentswahlen von 2024.

## Irlands Beitritt zur PESCO

Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung wurde durch die Annahme des Vertrags von Lissabon ermöglicht, doch erst im Juli 2017 wurde der Prozess durch einen Beschluss des Europäischen Rates in Gang gesetzt. Die erste Diskussion über PESCO im Dáil Éireann ist ein Beispiel für die vorsichtige Herangehensweise der beiden großen Parteien. Erkennbar wird diese etwa in einem Austausch zwischen einem hochrangigen Abgeordneten der Fianna Fáil, Seán Haughey, und der Staatsministerin für europäische Angelegenheiten, Helen McEntee (Fine Gael), im Juli 2017, also unmittelbar nach dem Treffen des Europäischen Rates, auf der die Aktivierung von PESCO beschlossen wurde.

Sean Haughey: I agree with everything stated in the communiqué from the European Council meeting on internal security. [...] The most important one was the establishment of a permanent structured co-operation, PESCO. [...] The Irish Times ran a series of articles...stated Ireland is enthusiastic about the PESCO initiative, but will not participate in any of the measures proposed or the other measures outlined at the recent European Council meeting. There seems to be a contradiction in that we are enthusiastic about all of these initiatives but will not participate in them. Will the Minister of State clarify our position on this, particularly from the point of view of Irish neutrality?

Helen McEntee: We have always been at the heart of peacekeeping. Reference was made to PESCO. We are not stopping other member states from following their own route in that regard. We have no plans to join NATO in the middle of the night but we are very much open to supporting the peacekeeping process and getting to the heart of what the problems are and why people are fleeing their own countries.<sup>32</sup>

Während beide die Initiative prinzipiell begrüßten, den Beitritt Irlands befürworteten und hervorhoben, dass dieser keine Herausforderung für die Neutralität darstelle, betonte Haugheys Redebeitrag den Widerspruch zwischen dem Enthusiasmus für und der Nichtteilnahme an PESCO. McEntees Antwort verwies auf das Fehlen einer Entscheidung auf Regierungsebene und antizipierte gleichzeitig Kritik hinsichtlich der irischen

Neutralität. Der Ansatz von Fianna Fáil und Fine Gael war demnach, um einen »Brexismus« zu zitieren, den Kuchen behalten und ihn gleichzeitig essen zu wollen – sowohl enthusiastisch neutral zu bleiben als auch Teil von PESCO und anderen kooperativen Maßnahmen zu sein. Kritiker dieses Ansatzes hielten dagegen, dass Irlands Neutralität in den Händen von Fianna Fáil und Fine Gael vielmehr zu einer Mitgliedschaft in westlichen Sicherheitsorganisationen geworden sei, die lediglich mit Neutralität garniert sei.

Wie sich im weiteren Verlauf dieses Beitrags noch zeigen wird, prägte dieses Spannungsverhältnis zwischen Wahrung der Neutralität und Interesse an einer Teilnahme die gesamte Diskussion über die PESCO (und Sicherheitszusammenarbeit im weiteren Sinne). Dass sich diese Spannung auch auf die Strategie der Regierungsparteien zur Genehmigung der Beteiligung an der PESCO ausgewirkt hatte, zeigten ihre erfolglosen Versuche, die Zustimmung des Parlaments ohne Debatte zu erhalten, und ihre erfolgreichen Versuche, diese Debatte auf ein Minimum zu beschränken, indem sie einen Vorschlag von People Before Profit (PBPA), einer kleinen Gruppierung der extremen Linken, zur Verlängerung der für die Debatte vorgesehenen Zeit bis Januar 2018 ablehnte.<sup>33</sup>

Die Sichtweise der Regierung auf PESCO ging aus dem von Außenminister Simon Coveny eingebrachten Antrag auf Genehmigung der Beteiligung Irlands hervor. Dieser sah PESCO als Fortsetzung der irischen Außenpolitik und betonte den freiwilligen und selektiven Charakter der Beteiligung:

Simon Coveny: The wider context [of PESCO] is that the European Union and its immediate neighbourhood faces new and ever more complex challenges. [...] Ireland has always strongly supported the development of the CSDP and of EU capacity to respond to international crises in support of the UN and has participated in all aspects of CSDP since it was established [...] At Ireland's insistence, PESCO's participation criteria expressly stipulate that PESCO will be undertaken in full compliance with the Treaty on European Union and the associated protocols. [...] no implications for Ireland's policy of military neutrality or the triple lock on the deployment of Irish forces overseas [...] it is important that the European Union can demonstrate unity and cohesiveness.<sup>34</sup>

Diese Passage verdeutlicht die Spannungen in der Argumentation der Regierung, dass PESCO eine Fortsetzung einer bewährten Praxis darstelle und gleichzeitig eine Antwort auf neue und komplexe Sicherheits Herausforderungen sei. Zudem betonte Coveny die europäische Einheit angesichts des Brexit. Ein interessantes Element der gesamten Debatte ist, dass nur ein einziger Abgeordneter des Unterhauses (Teachta Dála, TD) eine direkte Verbindung zwischen der Unterstützung der EU für Irland während des Brexit-Prozesses, insbesondere in Bezug auf Nordirland und die Grenze, und der Beteiligung Irlands an PESCO herstellte. Eine zentrale Herausforderung für die »Neutralitätspuristen« (in Ermangelung eines besseren Begriffs) und die Regierung war und ist die Frage, wie die politischen Anforderungen der europäischen Integration, die ein Geben und Nehmen in verschiedenen Themenbereichen erfordern, mit dem Wunsch, Unparteilichkeit im Bereich der Sicherheit und Verteidigung zu wahren, in Einklang gebracht werden können.

Auch die Abgeordnete Lisa Chambers, damals Sprecherin von Fianna Fáil für Verteidigung, unterstützte den Antrag auf Teilnahme an PESCO und schloss sich der Argumentation des Ministers an:

Lisa Chambers: PESCO is not about creating a European army or undermining our neutrality, which is simply false. [...] Not joining would show that we were less committed to working with other member states to ensure security and peace across the European Union. It would also leave us as an outlier in the European Union in defence matters [...].

We need to give a commitment to this House that while we are joining PESCO and see the benefits of it, we also hear the concerns of Members and of some citizens and we will commit to more robust and extensive debate on defence policy and defence issues in this House and at committee level on a more regular basis. [...] We need to increase defence spending. The defence budget is paltry. It does not allow us to build the proper capabilities we need.<sup>35</sup>

Obwohl sie die Position der Regierung unterstützte, kritisierte TD Chambers die Herangehensweise an PESCO und die Verteidigungspolitik im Allgemeinen. Aber auch hier zeigte sich der Ansatz, den Kuchen haben und gleichzeitig essen zu wollen: Irlands besondere Politik in diesen Fragen solle respektiert werden und es solle gleichzeitig nicht zu einem Außenseiter in der EU werden. Der letzte Teil der angeführten Passage befasst sich schließlich mit den Kosten der Verteidigung. Anstatt diesem Thema auszuweichen, argumentierte die Abgeordnete entschieden, dass die irischen Streitkräfte, wenn sie sich auf Basis des Triple-Lock Prinzips an Auslandseinsätzen beteiligen sollen, auch angemessen ausgerüstet sein müssen.

Die übrigen Redner:innen, die sich für den Antrag aussprachen, wiederholten größtenteils das anfänglich Gesagte: PESCO sei eine Fortsetzung und keine Veränderung des bisherigen Engagements Irlands in der GSVP, der EU und der VN. Zudem seien Schutzmaßnahmen vorhanden, um die irische Position zu wahren, und Irlands Erfolg bei der Durchsetzung dieser Schutzmaßnahmen spiegle sowohl den eigenen Einfluss als auch die guten Absichten der europäischen Partner wider. Gleichzeitig bestehe jedoch eine wirkliche Notwendigkeit – bedingt durch externe Bedrohungen und den Brexit – für eine stärkere europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Der erste Redner gegen den Gesetzentwurf war der Abgeordnete Aengus O'Snodaigh von Sinn Féin. Er begann mit einem direkten Angriff auf den Fianna-Fáil-Sprecher anstatt auf die Regierung. Dies spiegelt eher den parteipolitischen Wettbewerb wider als eine inhaltliche Auseinandersetzung mit PESCO selbst. Gleichzeitig reagierte er unmittelbar auf die vorangegangene Darstellung des Themas als eine Angelegenheit des Respekts und der Unterstützung für die irischen Streitkräfte:

Aengus O'Snodaigh: I know of nobody in this Dáil who wants the Defence Forces to run on a shoestring budget. Nobody in this Chamber wants Irish soldiers to be sent overseas without proper protection or equipment. [...] this agenda because it was apparent at the time of the first Lisbon treaty referendum. That was the first attempt by the two parties, Fianna Fáil and Fine Gael, to pull the wool over the eyes of the Irish electorate. When voters rejected it the parties cobbled together a triple lock [...] I have no wish for

Ireland to be a cog in an ever-increasing military structure or for our money to be diverted from the social fund into military research and development. [...] we are going to become dependent on an EU military programme that will not be under our control. [...] the Chief of Staff of the Defence Forces was touted as the person who would be in charge.<sup>36</sup>

Der Redebeitrag des TD O'Snodaigh zeigt einige Schlüsselthemen auf, die für die Gegner:innen der PESCO und einer irischen Beteiligung an der Verteidigungszusammenarbeit von Bedeutung sind. Erstens wurde die schleichende Aushöhlung der Neutralität kritisiert, zweitens eine generelle Ablehnung des Militarismus betont, und drittens wurde der Vorwurf erhoben, dass die politischen Eliten – sowohl in Irland (in Form von Fianna Fáil und Fine Gael) als auch in der EU – versuchen würden, eine öffentliche Debatte zu vermeiden und die Menschen hinters Licht zu führen. An diesem Punkt zeigen sich Parallelen zwischen der Rolle der Neutralität in politischen Debatten in Irland und der Rolle der Migration in populistischen Diskursen in anderen Ländern.

Die Themen der Gegner:innen wurden auch von Sean Crowe, einem Parteikollegen von O'Snodaigh, aufgegriffen und weiter ausgeführt:

Sean Crowe: Ireland's deeper integration into the European Union's military system is completely unacceptable and not wanted by the vast majority of Irish people. If the motion is passed, the fight against PESCO will not end. Ireland's involvement in PESCO would violate Article 29.4.9° of Bunreacht na hÉireann [Constitution of Ireland] which states the Government cannot adopt any European Union decision that would create an EU common defence, as outlined in Article 42 of the Lisbon treaty.<sup>37</sup>

Crowe konzentrierte sich auf das Spannungsverhältnis zwischen der bereits erwähnten Verfassungsbestimmung, sich nicht an einer kollektiven europäischen Verteidigung zu beteiligen, und der Beteiligung an PESCO. Obwohl dieses verfassungsrechtliche Element existiert, wurde die Beteiligung Irlands an der PESCO bisher nicht rechtlich angefochten, was nicht bedeutet, dass dies nicht in der Zukunft geschehen könnte. Das Kernproblem hierbei ist, dass PESCO an sich keinen direkten Verstoß gegen diesen Artikel darstellt, es jedoch einen Punkt geben könnte, an dem PESCO-Aktivitäten potenziell als ein solcher gewertet werden könnten. Darüber hinaus werden hier Unterschiede zwischen den Gegnern von PESCO erkennbar: Sinn Féin betonen den Verlust an Eigenständigkeit und Unabhängigkeit Irlands, während andere PESCO-Gegner eher einer breiteren antimilitaristischen Argumentation folgen.

Der nächste Redner vertrat die Labour Party, die in der Vergangenheit als Junior-Koalitionspartner von Fianna Fáil oder Fine Gael an der Regierung beteiligt war. Im Zuge ihrer Regierungsarbeit hatte sie die Teilnahme Irlands an GSVP-Missionen in der Vergangenheit unterstützt, dabei jedoch eine stärkere Pro-Neutralitätsposition eingenommen als die beiden größeren Parteien. Neben der Kritik an der Militarisierung der europäischen Zusammenarbeit konzentrierte sich der Abgeordnete Ryan auf Verfahrensfragen und die Einschätzung, dass die Debatte vermieden oder verkürzt werde:

Brendan Ryan: The Labour Party is calling on the Government to halt a vote on Ireland involvement in the permanent structured cooperation, PESCO, arrangement as we have not had a sufficient national debate on the matter. [...] The video released by the European Union in support of PESCO is more like a movie trailer for »Top Gun 2« [...] it glorifies military expenditure on fighter jets, battleships and heavy weaponry [...] We can say »No« on.<sup>38</sup>

Interessanterweise richtete sich die Kritik erneut stärker gegen Fianna Fáil als gegen Fine Gael, da Fianna Fáil sich nicht der restlichen Opposition angeschlossen hat, um eine Verlängerung der Debattenzeit durchzusetzen. Anders als die anderen PESCO-Gegner:innen zeichnet sich die Labour Party durch eine lange Geschichte der Unterstützung für die europäische Integration aus. Obwohl sie sich in den 1970er-Jahren gegen den EWG-Beitritt ausgesprochen hatte, hat sie seitdem jedes EU-Vertragsreferendum unterstützt. Im Gegensatz dazu haben andere Oppositionsparteien und Gruppierungen einen schmalen Grat beschritten, indem sie die europäische Integration zwar prinzipiell befürworteten, jedoch jede einzelne Vertragsreform in der Praxis ablehnten.

Die Debattenbeiträge der Partei People Before Profit (PBP), einer kleinen, weit links stehenden Gruppierung, konzentrierten sich auf breitere Themen wie eine Täuschung durch Eliten und Irlands Unterstützung des westlichen Militarismus:

Richie Boyd Barrett: The Government is pulling a fast one here and Fianna Fáil is collaborating, indeed colluding with it in that. [...] The Government gambled that given all the focus on Brexit and the rush of legislation in the last couple of weeks, that this story would be buried and ignored by the media. It has largely succeeded in doing that.

Brid Smith: Without the voice of the Opposition demanding a debate on this and continually raising it this week both at the Business Committee and on the floor of the House, we would not be having this debate. [...] that this was being quickly sneaked through [...] it is about the creation of a European army. The word »army« means aggression. It means tackling problems with arms, bombs, bullets, guns and heavy machinery...The elite in Europe must be delighted that it is giving us its backing and solidarity on Brexit and that we will support the elite on this destruction and the capacity it will give it to create a big army across Europe...The record of Deputies Finian McGrath and John Halligan is one of being on the side of anti-imperialism, standing with the anti-war movement, opposing troops in Shannon and opposing the type of NATO project which this measure will support. They should think twice before they allow the Government to push ahead with the vote in these circumstances.<sup>39</sup>

In diesen Passagen zeigt sich, wie die Abgeordneten der PBP den Medien und den Eliten geheime Absprachen unterstellten, mit denen die Debatte vor der Öffentlichkeit verborgen werden soll. Zudem sahen sie eine Unterstützung Irlands für Militarismus, insbesondere für einen US-Militarismus und eine mögliche EU-Armee. Schließlich wiesen die Abgeordneten auf die vermeintliche Scheinheiligkeit zweier unabhängiger Abgeordneter in der Regierung hin, die sich zuvor gegen Militarismus und die Aushöhlung der Neutralität eingesetzt hatten.

Diese Themen wurden von anderen linken Abgeordneten im weiteren Verlauf der Debatte aufgegriffen:

Mick Wallace: We are diving straight into this madness when we have almost zero detail, and nothing official in writing, about what this could mean for Ireland's neutrality. Instead of facts, the briefing document contains vague threats about us playing ball with the EU or else we cannot protect our interests within the Union. [...] We must have details. What is PESCO and what will it do? [...] How can we guarantee that PESCO will remain separate from the wars of aggression in which our European neighbours are very fond of being involved? [...] I give the Taoiseach and the Tánaiste, Deputy Simon Coveney, a little credit for being straight because both of them would prefer to be able to say, »No, we are not neutral. We are actually happy to be in the US military's camp. We are two out and out hawks and comfortable with it.« However, they have not got there yet and do not yet want to say it because it has not been the language they have been using. They might upset Fianna Fáil which would prefer to pretend until the end of its days that we are neutral.«

Clare Daly: »The Government tells us that PESCO does not mean that we are joining a European army, [...] Mr. Macron specifically called for the establishment of an EU intervention force that would by 2020 [...] In The Sunday Times in 2016 Conor Brady sketched it rather well when he said, in talking about closer EU defence co-operation, that our politicians, as well as the military top brass, senior civil servants and diplomats, agreed with it but that it would be political suicide for any of them to make a full assault on Irish neutrality. He concluded: A policy of low-level, pragmatic collaboration with our EU partners in the building of defence capability is probably the best option. We could still argue that we are not, strictly speaking, part of the EU defence arrangements. It would be hypocritical, but we have no great reputation for straight-talking anyway.«<sup>40</sup>

Erneut zogen sich die Themen Militarismus, Scheinheiligkeit der Eliten, einschließlich der Medien, und das Ignorieren des Volkswillens durch die Beiträge der beiden Abgeordneten. Der Vertreter der *Green Party*, Abgeordneter Eamon Ryan, wies zudem auf einen möglichen NATO-Beitritt und dessen Auswirkungen auf die irische Allianzfreiheit hin:

Eamon Ryan: The Green Party is opposed to Ireland's entry into PESCO. ...People have claimed that this is not a move towards the further development of NATO, but I will refer Members who may be considering voting in favour of the motion to the speech given by President Jean-Claude Juncker, the head of the European Commission, in his state of the European Union address, where he was again categoric and explicit on the need to develop a European defence union and that this would be in NATO's interests.<sup>41</sup>

Aus einer eher rechtsgerichteten Position heraus hob der unabhängige Abgeordnete Mattie McGrath in seinem Redebeitrag sowohl die Nutzung des Flughafens Shannon als auch die Frage der Eliten hervor.

Mattie McGrath: We do not know the parameters of this PESCO process. I do not like it anyway. [...] We do not wish to be led, blindfolded, into a position in which we should

not be. We have the name of a neutral country and I want to keep it. I am also questioning the use of Shannon Airport [...] This started back with the Lisbon treaty. I will put my hand up and say that like an eejit [idiot], I was a member of the great party that voted for the treaty. I campaigned the first time but not the second time.<sup>42</sup>

TD McGrath ist ein ehemaliges Mitglied von Fianna Fáil und für seinen soziale Konservatismus sowie für seine Offenheit bekannt. Interessanterweise war seine Position zu diesem Thema sehr ähnlich zu der seiner weiter links stehenden Kollegen, was darauf hindeutet, dass die zentrale Konfliktlinie in dieser Debatte nicht unbedingt auf einer traditionellen Links-Rechts-Achse verlief, sondern eher eine Eliten-gegen-Populisten Dynamik aufwies. Dies lässt erkennen, dass Neutralität als Symbol im irischen politischen Diskurs eine ähnliche Rolle spielt wie Migration in anderen Ländern – sie trägt Unsicherheiten in Bezug auf Identität und Wandel in sich.

Paul Murphy: The President of the European Commission, Mr. Jean-Claude Juncker, said on 10 November 2016, »We have to do this ourselves, which is why we need a new approach to building a European security union with the end goal of establishing a European army.« [...] making even more of a mockery of our supposed neutrality, considering the use of Shannon Airport. [...] In reality, the agreed objective and goal will involve the expenditure of 2 % of GDP as outlined in NATO.<sup>43</sup>

Wie auch die anderen Abgeordneten des linken Spektrums konzentrierte sich TD Murphy auf die Frage einer europäischen Armee sowie auf Verteidigungsausgaben als etwas grundsätzlich negatives und kritisierte das mangelnde Engagement für das Konzept der Neutralität. Ein wenig beachteter Aspekt der linken Position zu PESCO ist die Frage, welches Niveau an Verteidigungsausgaben angemessen wäre und nur wenige Vertreter:innen dieser Position haben konkretisiert, welche Art von Streitkräften sie für Irland als erforderlich erachten. Hinweise auf diese Überlegungen zeigten sich im Redebeitrag der unabhängigen Abgeordneten Maureen O'Sullivan, die für ihre Arbeit in den Bereichen soziale Gerechtigkeit und Bildung bekannt ist.

Maureen O'Sullivan: The Minister spoke about threats. There are no threats to Ireland. It is an island country. It is neutral and its policies and plans all stress that. [...] Malta is in the Mediterranean; we are on the periphery of Europe. It is illogical that Malta does not have to participate when we have to.<sup>44</sup>

Die Seite der PESCO-Gegner:innen argumentierte, dass Irland seine Sicherheit durch den Verzicht auf Teilnahme an Abkommen zur kollektiven Verteidigung von internationalen Entwicklungen entkoppeln könne. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Integration Irlands in Europa sowie der globalen wirtschaftlichen Verflechtungen durch ausländische Direktinvestitionen erscheint dies jedoch schwer vorstellbar.

Das Abstimmungsergebnis fiel erwartungsgemäß aus: Fianna Fáil, Fine Gael und eine Reihe unabhängiger, der Minderheitenregierung angehöriger Abgeordneter stimmten dafür, Sinn Féin, die Socialist Party, People Before Profit, die Green Party, die Labour Party und andere Unabhängige stimmten dagegen. Somit wurde die Abstimmung mit 75 zu 42 Stimmen für PESCO entschieden. Der einzige Anflug von Unstimmigkeit auf

Seiten der Regierung war die Abwesenheit der genannten unabhängigen Abgeordneten, welche die Regierung unterstützen, sich aber in der Vergangenheit für die Neutralität eingesetzt hatten.

Seit dem Brexit-Referendum sieht sich Irland besonderen Herausforderungen gegenüber. Die irische Regierung hat zwar Anerkennung für ihr Management der Brexit-Verhandlungen erhalten, insbesondere dafür, dass sie die europäischen Partner dazu bewegen konnte, die irische Position zur Grenze entschieden zu unterstützen. Im Zuge dieses Prozesses ließ Irland jedoch auch eine größere Bereitschaft erkennen, sich an der Vertiefung der europäischen Integration zu beteiligen. Dies ist zum einen ein politisches Zugeständnis für die europäische Unterstützung in den Verhandlungen. Zum anderen ist es auch eine Folge des verringerten Handlungsspielraums für kleine Staaten in einer EU, die zunehmend von Frankreich und Deutschland dominiert wird. In der Vergangenheit waren die Differenzen zwischen den größeren Mitgliedstaaten groß genug, um kleineren Staaten die Möglichkeit zu geben, EU-Reformen an ihre eigenen Interessen anzupassen. In einer von Frankreich und Deutschland geführten EU werden diese Spielräume jedoch enger und der Raum für konstruktive Mehrdeutigkeit schrumpft.

## Irlands Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine

Ein erstes Anzeichen dafür, dass russische Aktivitäten Auswirkungen auf Irlands Sicherheit haben könnten, zeigte sich im Januar 2022, also einen Monat vor dem russischen Großangriff auf die Ukraine. Russland kündigte an, maritime Militärübungen in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Irlands südwestlich des Landes durchführen zu wollen. Trotz Einwänden der irischen Regierung hätten die geplanten Militärübungen Manöver und Schießübungen in einem ökologisch sensiblen Fischereigebiet beinhaltet. Um dies zu verhindern, kündigten die Fischer von Castletownbere an, die Übung auf dem Meer stören zu wollen, wodurch sie für weltweites Aufsehen sorgten. Nach Verhandlungen, vor allem zwischen Fischereivertretern und der russischen Botschaft in Dublin, kündigte Russland an, die Übungen weiter auf das offene Meer hinaus zu verlegen.<sup>45</sup> Obwohl die Situation damit entschärft wurde, zeigte diese Episode deutlich, dass Russland die Verteidigungsstrukturen des Westens auslötet. Diese Episode verdeutlichte aber auch und für Irlands Außen- und Sicherheitspolitik noch bedeutsamer, dass Russland Irlands Territorium als Teil des größeren westlichen geopolitischen Blocks wahrnimmt.<sup>46</sup>

Diese Ereignisse fielen mit der Veröffentlichung des Berichts der Commission of the Defence Forces zusammen, einer von der Regierung eingesetzten Expertengruppe, welche die irischen Verteidigungskapazitäten überprüfen und Empfehlungen zum künftigen Bedarf abgeben sollte.<sup>47</sup> Der am 9. Februar 2022 veröffentlichte Bericht zeichnete ein düsteres Bild über die von Lücken geplagte Verteidigungsfähigkeiten Irlands und zeigte der Regierung verschiedene Handlungsoptionen für die Entwicklung der Streitkräfte auf, die als Levels of Ambition (LOA) bezeichnet wurden. LOA1 war die Beibehaltung des Status quo, was dem Bericht zufolge dazu führen würde, dass Irland keine funktionierenden Verteidigungsfähigkeit hätte. LOA2 bedeutete eine erste Verbesserung durch eine Verpflichtung zur Aufstockung der Verteidigungsausgaben, um das Land auf einen

Mindeststandard von militärischen Fähigkeiten zu bringen. Schlussendlich legte LOA3 den ambitioniertesten Plan fest, der darauf abzielt, Irland auf das Niveau vergleichbarer europäischer Staaten zu bringen, einschließlich einer begrenzten Luftverteidigungsfähigkeit mit schnellen Kampffjets.

Die irische Regierung entschied sich, LOA2 zu verfolgen. Als unmittelbare Konsequenz dieses Beschlusses folgte ein verstärktes Engagement Irlands im Rahmen von PESCO und eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts.<sup>48</sup> Während die gestiegenen Verteidigungsausgaben allgemein begrüßt wurden, äußerten die Oppositionsparteien weiterhin Bedenken hinsichtlich des verstärkten Fokus auf PESCO. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Green Party, die zusammen mit Fianna Fáil und Fine Gael Teil der Regierungskoalition war, sowohl die Erhöhung der Ausgaben als auch die Ausweitung der irischen Beteiligung an der PESCO unterstützte.<sup>49</sup>

Nach der russischen Invasion in der Ukraine schloss sich Irland rasch anderen europäischen und westlichen Ländern in der Verurteilung des Angriffs an und unterstützte strenge EU-Sanktionen. Irland beteiligte sich auch an der Bereitstellung von Militärhilfe für die Ukraine durch den Finanzierungsmechanismus der Europäischen Friedensfazilität (eng.: European Peace Facility, EPF) der EU, wobei es seine Mittel speziell für nicht-letale militärische Unterstützung reservierte.<sup>50</sup> Infolge der Unterstützung Irlands für die EPF und der späteren Zusage, der Ukraine im Rahmen einer umfassenderen EU-Mission bei der Ausbildung von Soldaten zur Entminung und Kampfmittelbeseitigung zu unterstützen, behauptete der russische Botschafter in Irland, dass Irland nicht mehr neutral sei.<sup>51</sup> Die Regierung vertrat dagegen den Standpunkt, dass Irlands Vorgehensweise unter seine traditionelle Politik der militärischen Neutralität falle, die sich auf die Nichtmitgliedschaft in Bündnissen beschränke – oder wie Taoiseach Micheál Martin es ausdrückte, Irland sei »nicht politisch neutral, sondern militärisch neutral.«<sup>52</sup>

Die Haltung der Regierung spiegelte auch die Meinung der Bevölkerung wider, die vor der russischen Botschaft in der Orwell Road lautstark protestierte.<sup>53</sup> Als die EU zum ersten Mal ihre Richtlinie zum vorübergehenden Schutz (Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001) aktivierte und damit den Kriegsflüchtlingen Personenfreizügigkeit und sowie die damit verbundenen Rechte gewährte, hieß die irische Bevölkerung die ukrainischen Flüchtlinge in ihren Gemeinden und Häusern willkommen und sammelte eine beträchtliche Summe an Spenden für die Hilfsmaßnahmen in der Ukraine.<sup>54</sup> Die stark emotionale Reaktion der irischen Bevölkerung zeigt sich beispielhaft an einem Lastwagenfahrer, der mit seinem LKW rückwärts das Tor der russischen Botschaft in Dublin rammte. Obwohl die Polizei daraufhin eine Untersuchung einleitete, sah die russische Botschaft dies als ein Beispiel für eine wachsende und von der Regierung geförderte »Russophobie.«<sup>55</sup>

Bei einem Besuch in Kiew brachte der damalige Taoiseach Micheál Martin im Juli 2022 Irlands Unterstützung für die ukrainische Mitgliedschaft in der EU zum Ausdruck: »I have always made clear from the outset our strong view that Ukraine belongs to the EU, the values that people are fighting and dying for today are European values.«<sup>56</sup> Im November 2022 verhängte Moskau über Micheál Martin und 52 weitere irische Beamte ein Einreiseverbot und bezichtigte Irland, des »[a]cting under the dictation of Brussels [...] conducting an aggressive anti-Russian propaganda campaign.«<sup>57</sup> Daraufhin bestellte Simon Coveney, der damalige irische Außenminister, den russischen Botschafter ein

und forderte eine Erklärung von ihm. Obwohl Irland im März 2022 vier russische Diplomaten ausgewiesen hatte, denen Spionagetätigkeit vorgeworfen wurde, wurden als Reaktion auf Russlands Maßnahme keine weiteren Ausweisungen erwogen. Sowohl bei den Sanktionen als auch bei den diplomatischen Beziehungen war Irland entschlossen, im Gleichschritt mit seinen EU-Partnern voranzuschreiten.

Obwohl Irlands Unterstützung für die Ukraine im Jahr 2022 weiterhin groß blieb, traf sie auch auf Widerstand. Die hohe Zahl an ukrainischen Flüchtlingen brachte die Kapazitäten des Landes für die Aufnahme von Asylbewerbern und Personen, die internationalen Schutz beantragen, an ihr Limit, weshalb im Juli 2022 die Visumfreiheit für nicht-ukrainische Flüchtlinge aus anderen europäischen Ländern ausgesetzt wurde. Die Unterbringung von Flüchtlingen blieb das ganze Jahr über hinweg ein Streitpunkt. Trotzdem blieb die öffentliche Unterstützung für die Position der Regierung bis zum Jahresende hoch.

Während des gesamten Krieges hat Irland das EU-Sanktionssystem zwar ausdrücklich unterstützt, doch blieb auch die Herausforderung einer wirksamen Umsetzung bestehen. So kursierten im Juli 2023 in den sozialen Medien Bilder von Bauteilen russischer Waffen, die von einem in Enniscorthy ansässigen Elektronikunternehmen namens Taoglas hergestellt worden waren und im Krieg von Russland gegen die Ukraine eingesetzt wurden.<sup>58</sup> Die in Irland hergestellten Bauteile waren nicht für den militärischen Gebrauch sondern für die für die Verwendung im *outdoor* Bereich bestimmt und gelangten höchstwahrscheinlich über Drittanbieter und den Schwarzmarkt nach Russland.<sup>59</sup> Die Tatsache, dass diese Art von Technologie die Sanktionen umgehen und für militärische Zwecke verwendet werden konnte, zeigte jedoch, dass die Sanktionsregelungen nicht ausreichten, um Russlands Militäroffensive wirksam einzuschränken.

Sowohl der Tánaiste (Stellvertretender Premierminister) Michéal Martin als auch der Taoiseach Leo Varadkar sprachen im Juni bzw. Juli 2023 von Irlands starker Unterstützung für die Zukunft der Ukraine in der Europäischen Union.<sup>60</sup> Im Dezember 2023 gab die EU offiziell ihre Entscheidung bekannt, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau aufzunehmen und Georgien den Kandidatenstatus zu verleihen.<sup>61</sup> Während des Besuchs von Taoiseach Varadkar dankte Präsident Selenskyj Irland für seine Unterstützung und verwies auf die nicht-letale Militärhilfe im Wert von 170 Millionen Euro, die der Ukraine seit Beginn des Konflikts zur Verfügung gestellt wurde.<sup>62</sup> Neben der materiellen Unterstützung genehmigte die Regierung die irische Beteiligung an der European Union Military Assistance Mission für die Ukraine (EUMAM UA). Bis zu 30 Angehörige der Verteidigungskräfte sollen zu der in Polen stationierten Mission entsandt werden, um die ukrainischen Streitkräfte in den Bereichen Minenräumung, medizinische Versorgung und Kampfmittelbeseitigung auszubilden.<sup>63</sup>

Sowohl die Bereitstellung nicht-letaler Militärhilfe als auch die Beteiligung Irlands an EUMAM UA sorgten für innenpolitische Diskussionen. Cathal Berry und andere Abgeordnete im Dáil Éireann haben seit Beginn des Konflikts dafür plädiert, dass Irland noch einen Schritt weiter gehen und der Ukraine seinen Bestand an Javelin-Raketen überlassen solle.<sup>64</sup> Die Regierung vertrat jedoch die Position, dass dies einen Verstoß gegen die irische Politik der militärischen Neutralität darstellen würde. Gleichzeitig wurde sie jedoch dafür kritisiert, dass die schon geleistete, begrenzte Hilfe bereits die neutrale Haltung Irlands untergrabe. Russland machte seinerseits deutlich, dass Irland

aus seiner Sicht in diesem Konflikt nicht neutral sei. Der russische Botschafter in Irland erklärte, es gäbe »keinen Zweifel daran, dass Irland im Ukraine-Konflikt nicht neutral ist«. <sup>65</sup> Es bleibt abzuwarten, ob Irland weiterhin den Spagat zwischen einer formellen Behauptung der militärischen Neutralität und einer Unterstützung der Ukraine schaffen kann.

Dieser Spagat war auch ein zentraler Streitpunkt auf dem Consultative Forum on Security and Defence im Juni 2023. Unter dem Vorsitz von Professorin Dame Louise Richardson trafen sich eine Reihe von nationalen und internationalen Expert:innen aus dem Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Die Forumssitzungen waren öffentlich zugänglich und sollten Debatten zu einer Reihe von Themen ermöglichen, darunter die Rolle Irlands bei der Friedenssicherung, die Zukunft der militärischen Neutralität, das Verhältnis zwischen Irland und anderen europäischen Akteuren wie der EU und der NATO sowie eine Bewertung des Bedrohungsumfelds, in dem sich Irland befindet. Die Treffen fanden an vier Tagen in Cork, Galway und Dublin statt.

Die Veranstaltungen in Cork und Galway wurden beide kurzzeitig durch Proteste unterbrochen, während es in Dublin zu Protesten vor den Toren des Dublin Castle kam, in dem das Forum stattfand. Die Proteste waren von der Einschätzung getragen, dass das Forum ein kalkulierter Schachzug der Regierung sei, um die irische Neutralität zu beenden oder zumindest zu verwässern, obwohl die Regierung wiederholt erklärt hatte, dass dies nicht der Fall sei. <sup>66</sup> Kritik an dem Forum kam auch vom irischen Staatspräsidenten Michael D. Higgins, der meinte, die Regierung spiele mit dem Feuer, indem sie eine Diskussion über Verteidigung und Sicherheit eröffnete, die zu einem Abdriften in Richtung NATO führen könnte. <sup>67</sup> Im Bericht der Kommission von Dame Richardson heißt es dazu:

Despite the fact that both the Taoiseach and the Tánaiste have stated unambiguously that the policy of neutrality was not being reconsidered, some participants repeatedly expressed the view that the Forum was a ruse, an effort to provide a rationale for the abandonment of neutrality. No evidence was produced to support these assertions and I detected no evidence to support them, but they were firmly held and robustly expressed nonetheless. <sup>68</sup>

Auf Grundlage des Berichts kündigte der Tánaiste jedoch einen Vorschlag zur Überprüfung des bereits erwähnten genannten Triple-Lock-Prinzips an. In der Praxis wurde dafür bisher auf Basis einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen entschieden, obwohl aus dem Wortlaut des Gesetzes nicht eindeutig hervorgeht, ob eine Resolution der Generalversammlung der VN ausreichen würde. Die Frage, ob auch ein Beschluss der Generalversammlung eine angemessenen Grundlagen liefern kann, stellt sich vor allem angesichts der zunehmenden Blockaden des Sicherheitsrates durch die Veto-Möglichkeit der fünf ständigen Mitglieder. Ein jüngerer Vorstoß des Tánaiste Simon Harris versuchte, die Bedingung eines Mandats durch den Sicherheitsrat durch eine Änderung des Defence Act von 1954 abzuschaffen <sup>69</sup>, also rechtlich ein Double-Lock-Prinzip zu verankern. Ebenfalls steht die Frage im Raum, ob auch eine Mandatierung durch eine »regionalen Organisation« als Ersatz für eine Resolution der Vereinten Nationen dienen kann. <sup>70</sup>

Diese Ankündigung der Regierung, das Triple-Lock-Prinzip zu wollen, wurde jedenfalls erneut als ungerechtfertigter Angriff auf die Neutralität kritisiert.<sup>71</sup> Bedauerlicherweise führte die Auseinandersetzung über das Triple-Lock-Prinzip dazu, dass die Veröffentlichung des Detailed Implementation Plan for the Report on the Commission on the Defence Forces, der nur einen Tag nach der Ankündigung zu Triple-Lock veröffentlicht wurde, völlig in den Schatten gestellt wurde und weder in der Öffentlichkeit noch in der Politik nennenswerte Beachtung fand.<sup>72</sup> Dieser Bericht baut auf den Erkenntnissen des bereits erwähnten Berichts der Commission of the Defence Forces aus dem Jahr 2022 auf und entwickelt einen konkreten Zeitplan für die Erreichung des von der Regierung anvisierten LOA2. Es scheint also, dass Irland im Bereich der Sicherheit und Verteidigung lieber über abstrakte Frage im Zusammenhang mit der Neutralität diskutiert, als sich mit Realitäten auseinanderzusetzen.

## Neutralität, Verteidigung und Sicherheit im Wahljahr 2024

Wie in einer Situation zu erwarten ist, in der keine Wahrnehmung einer unmittelbaren Bedrohung für die Sicherheit eines Staates existiert, spielten Sicherheit und Verteidigung bei den Parlamentswahlen in Irland 2024 keine große Rolle. Jedoch beschrieben alle politischen Gruppierungen in ihren Wahlprogrammen ihre jeweilige Sicht auf die Neutralität und die Sicherheit Irlands. Im Folgenden wird eine kurze vergleichende Analyse der Wahlprogramme vorgenommen, welche die anfängliche Behauptung dieses Beitrags stützt, dass in Irland nicht über die Neutralität debattiert wird. Vielmehr werden die politischen Differenzen in Bezug auf Sicherheit und Verteidigung innerhalb des Rahmens einer Verpflichtung zur Wahrung der Neutralität Irlands diskutiert. Die Analyse konzentriert sich auf jene neun Parteien, die den Einzug in den Dáil Éireann geschafft haben. Dies sind Fianna Fáil, Fine Gael, Sinn Féin, die Labour Party, die Social Democrats, die Green Party, Aontú, Independent Ireland und People Before Profit Alliance/Solidarity. Von den Parteien, die keine Sitze errungen haben – die Irish Freedom Party, Independents for Change, die Centre Party, die National Party und die National Alliance – hat sich keine für eine Änderung der Neutralität ausgesprochen, so dass ihr Ausschluss die Analyse nicht verzerrt oder verändert. Die Analyse konzentriert sich auf drei Themen – Neutralität, Verteidigungsausgaben und institutionelle Reform –, um die Konturen der Debatte zu erfassen.

Zunächst zur Neutralität: Alle Parteien sprachen sich für eine Fortsetzung der irischen Neutralität und militärischen Allianzfreiheit aus. Uneinigkeit bestand jedoch in der Art und Weise, wie die Neutralität definiert wird und inwieweit sie rechtlich geschützt werden sollte. Sowohl Fianna Fáil als auch Fine Gael definierten Neutralität relativ eng als Nichtmitgliedschaft in Militärbündnissen, sahen aber weitergehende Kooperationspunkte auf europäischer Ebene und mit der NATO durch ihr Partnerschaft für den Frieden (eng.: Partnership for Peace, PfP) Programm.<sup>73</sup> Nur die Social Democrats teilten diese enge Definition ausdrücklich, waren aber weniger offen in der Befürwortung multilateraler Verteidigungszusammenarbeit und lehnten die Aussicht auf eine NATO-Mitgliedschaft ausdrücklich ab.<sup>74</sup> Sinn Féin, die zweitgrößte Partei nach der Wahl, forderte eine Verfassungsänderung zum Schutz der Neutralität und wollte sich

den Versuchen zu widersetzen, den Abstimmungsmodus der GSVP in der EU auf qualifizierte Mehrheit zu ändern.<sup>75</sup> In ihrem Wahlprogramm forderte die Partei auch ein Ende der militärischen Unterstützung für die Ukraine, wobei sich die Parteiführung während des Wahlkampfes davon distanzierte, indem sie dies als Aufruf zum Frieden und nicht als Versuch darstellte, den Widerstand gegen die russische Invasion zu untergraben.<sup>76</sup>

Von den anderen Parteien sprachen sich alle für die Neutralität aus und entweder für eine Verfassungsänderung zum Schutz der Neutralität oder zumindest für die Beibehaltung des Triple-Lock-Prinzips.<sup>77</sup> Auch die Green Party und PBPA/Solidarity schlossen in ihren Wahlprogrammen eine NATO-Mitgliedschaft ausdrücklich aus.<sup>78</sup> Aontú ging noch weiter als Sinn Féin, indem sie sich gegen künftige EU-Vertragsänderungen und eine gemeinsame EU-Verteidigung aussprach. Die Partei kritisierte auch, dass die Ukraine-Krise genutzt werde, um den Druck auf die irische Neutralität zu erhöhen.<sup>79</sup>

Auch wenn die Neutralität selbst von keiner Partei in Frage gestellt wurde, lässt sich doch ein klares Muster erkennen: Fianna Fáil und Fine Gael, die beiden Parteien, die in der Vergangenheit die irische Politik dominiert haben, sehen die Neutralität positiv, sind aber offen für eine gewisse multilaterale Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung und sprechen sich auch ausdrücklich für eine enge Definition der Neutralität aus, die nur als Nichtmitgliedschaft in Militärbündnissen verstanden wird. Die Social Democrats teilen diese Definition weitgehend, wenn auch mit einer deutlicheren Ablehnung der NATO. Sinn Féin, die Labour Party, die Green Party, Aontú, PBPA/Solidarity und Independent Ireland hingegen sehen die Neutralität bedroht und versuchen, sie entweder durch eine Verfassungsänderung oder durch die Beibehaltung des Triple-Lock-Mechanismus oder beides zu schützen.

Interessanterweise bestand bei den Verteidigungsausgaben ein weitaus höherer Grad an Konsens. Von den Parteien, die sich in ihren Programmen ausführlich mit den Ausgaben befassten, unterstützten alle eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, wobei sich die drei großen Parteien und die Labour Party ausdrücklich dazu verpflichteten, LOA2 zu erreichen, wie im Bericht der Commission of the Defence Forces dargelegt.<sup>80</sup> Bei den Verteidigungsausgaben gab es eine leichte Divergenz zwischen dem Schwerpunkt auf Bezahlung und Zulagen einerseits, um die Personalstruktur der Streitkräfte zu verbessern und die Lebenshaltungskosten für Angehörigen der Streitkräfte zu senken, und Investitionen in militärische Ausrüstung andererseits. Die Unterschiede in der Priorisierung der Ausgaben stimmen weitgehend mit den zuvor beschriebenen Präferenzen zur Neutralität überein: Nur PBPA/Solidarity lehnten eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben ausdrücklich ab (obwohl sie die Gehaltsforderungen der Streitkräfte unterstützt hatten) und plädierten sogar für einen Rückzug aus der PESCO Initiative, die sie als »Verpflichtung, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, um sich auf einen Beitritt zur NATO vorzubereiten« bezeichneten.<sup>81</sup> Insgesamt bestand jedoch Konsens darüber, dass Irland seine Sicherheits- und Verteidigungsausgaben erhöhen müsse. Angesichts der relativ geringen Bedeutung dieses Themas im Vergleich zu anderen Budgetforderungen, etwa in den Bereichen Gesundheitswesen und Wohnungsbau, scheint es jedoch wenig wahrscheinlich, dass es zu einer starken Anhebung der Verteidigungsausgaben kommen wird.

Schließlich schlugen einige Parteien in ihren Wahlprogrammen strukturelle oder institutionelle Änderungen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor, die Einblicke

in die Nuancen der irischen Debatte in diesem Bereich geben. Die radikalsten Änderungen schlug Fianna Fáil mit der Reform des Triple-Lock-Mechanismus vor, die auf die Empfehlung des Berichts des Consultative Forum on International Security zurückging. Die Partei schlug vor, ein neues Ministerium für innere Angelegenheiten einzurichten, das Verantwortung für Einwanderung und Cybersicherheit übernehmen soll. Außerdem regte sie die Einrichtung eines nationalen Nachrichtendienstes sowie die Fertigstellung und Veröffentlichung der ersten nationalen Sicherheitsstrategie Irlands an.<sup>82</sup> Fine Gael schlug die Rückkehr zum Amt eines Verteidigungsministers auf Kabinettssebene<sup>83</sup> und eine Überprüfung der irischen Geheimdienststrukturen vor.<sup>84</sup> Die Labour Party versprach ebenfalls die Veröffentlichung einer nationalen Sicherheitsstrategie und eine Überprüfung der irischen Nachrichtendienste, einschließlich der Schaffung eines klaren Rechtsrahmens und der Aufsicht über nachrichtendienstliche Aktivitäten.<sup>85</sup> Die Green Party sprach sich für die Schaffung eines »Staatsministers« für Verteidigung aus, also einer nachrangigen Position, die im Kabinett kein Stimmrecht hätte.<sup>86</sup> Die anderen Parteien blieben in ihren Programmen bei Vorschlägen zu Politikinhalt und stellten keine institutionellen oder legislativen in Aussicht, die über eine Verfassungsänderung zum Schutz der Neutralität oder eine Verpflichtung zur Beibehaltung des Triple-Lock-Mechanismus hinausgehen.

Die Positionen der Parteien in den Wahlprogrammen spiegelten weitgehend die öffentlichen Meinung in Irland wider, in der eine breite Unterstützung für die Neutralität und nur ein geringes Maß an Bedrohungswahrnehmung zu verzeichnen sind.<sup>87</sup> Zwar gibt es in der öffentlichen Meinung einige Nuancen, wie die breite Unterstützung für die europäische Sicherheits- und Verteidigungskooperation<sup>88</sup> zeigt, doch scheint es unwahrscheinlich, dass die irische Öffentlichkeit ohne einen größeren Schock von außen eine weitreichende Änderung der Neutralität fordern wird. Es ist auch erwähnenswert, dass die Frage der Neutralität und der Sicherheit im Allgemeinen bei den letzten Wahlen nicht im Vordergrund stand, so dass die oben beschriebenen geringfügigen Unterschiede wahrscheinlich keinen oder nur einen geringen Einfluss auf die Wahlen hatten.<sup>89</sup>

## Schlussfolgerung

Irland führt keine Debatte über Neutralität, und dies geht zu Lasten seiner Sicherheitskultur sowie seiner Fähigkeit, über externe Bedrohungen nachzudenken, zu planen und darauf zu reagieren. Ein Aspekt davon ist, dass Irlands Sicherheitskultur aus historischen Gründen größtenteils auf innere Bedrohungen durch paramilitärische Organisationen ausgerichtet war. Diese Bedrohung im Inneren hat durch den Friedensprozess und den Abschluss des Karfreitagsabkommen (Good Friday Agreement) im Jahr 1998 nachgelassen, jedoch hat Irland seine Sicherheitskultur nach wie vor noch nicht gewandelt. Trotz der Rolle Irlands als Standort für große Internetunternehmen und der damit verbundenen Bedrohung im Bereich der Cybersicherheit wurde ein flexibleres Verständnis der Neutralität, das es erlauben würde, den modernen Sicherheitsherausforderungen gerecht zu werden, von der Regierung bislang noch nicht forciert.

Das Problem mit der relativen Stille zu diesen Themen ist, dass sie es populistischen Kräften ermöglicht, Debatten zu dominieren. Die Neutralität ist, vielleicht ungleich

mehr als anderswo, tief in der irischen Identität verwurzelt – sie ist vor allem Ausdruck dessen, wer die Iren sind, und weniger dessen, was sie tun. In diesem Zusammenhang kann man die symbolische Rolle verstehen, welche der Neutralität im populistischen Diskurs in Irland zukommt, und wie Narrative einer Bedrohung der Neutralität durch vermeintlich korrupte und unaufrichtige Eliten auf nationaler oder internationaler Ebene genutzt werden können, um politische Ressentiments zu schüren. Dahingehend wird das Thema Neutralität ähnlich (populistisch) genutzt wie das Thema Migration in anderen europäischen Ländern.

Obwohl die öffentliche Unterstützung für die EU in Irland nach wie vor hoch ist, ist der Zuspruch zur Neutralität ebenfalls hoch. Daher hat sie das Potenzial zu einem Spaltpilz für die öffentliche Meinung zu werden, der den Euroskeptizismus in Zukunft vorantreiben könnte. Gegenwärtig gibt es in Irlands Politik wenig Bereitschaft, die irische Neutralitätspolitik zu ändern, und die erforderliche Veränderung der Sicherheitskultur in Richtung äußerer Bedrohungen ist nicht in das öffentliche Bewusstsein gedrungen – dies obwohl das irische Gesundheitswesen während der COVID-19 Pandemie Opfer eines schweren Cyberangriffs wurde, obwohl Russland mehrmals betont hat, dass es Irland im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg nicht als neutral betrachtet, und obwohl zunehmend klar wird, dass Irlands Wirtschaftsmodell auf technologischen Kapazitäten und internationalen Institutionen beruht, die zusehends anfälliger werden.

In gewissem Maße musste Irland seine Sicherheitspolitik in den letzten 75 Jahren nicht ernsthaft hinterfragen, da es von einem wohlwollenden geopolitischen Umfeld in seiner Nachbarschaft profitierte. Dieses Umfeld hat sich jedoch grundlegend verändert. Bis heute fehlt Irland jedoch der politische Willen, diesem Wandel Rechnung zu tragen, und es wird dies möglicherweise erst tun, wenn ein Schock von außen es dazu zwingt.

## Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag wurde aus dem Englischen unter Zuhilfenahme von DeepL und ChatGPT übersetzt und von zwei Personen sprachlich nachbearbeitet.
- 2 Karen Devine, »Values and Identities in Irish Peace Policy: Four Centuries of Norm Continuity and Change,« *Swiss Political Science Review* 19, Nr. 3 (2013): 376–409.
- 3 Bill McSweeney, »Out of the Ghetto: Irish Foreign Policy since the Fifties,« *Studies: An Irish Quarterly Review* 75, Nr. 300 (1986): 401–12.
- 4 Ben Tonra, *Global Citizen and European Republic: Irish Foreign Policy in Transition* (Manchester: Manchester University Press, 2006).
- 5 Trevor C. Salmon, *Unneutral Ireland: An Ambivalent and Unique Security Policy* (Oxford: Clarendon Press, 1989).
- 6 Conor Gallagher, *Is Ireland Neutral? The Many Myths of Irish Neutrality* (Dublin: Gill Books, 2023).
- 7 Gallagher, *Is Ireland Neutral?*, 269.
- 8 Pat Leahy, »Voters want to keep neutrality, but improve Ireland's military capacity; Poll shows support for increasing ability to defend airspace and territorial waters,« *The Irish Times*, 17. Juni 2023, <https://www.irishtimes.com/politics/2023/06/17/voters-want-to-keep-neutrality-but-improve-ireland-s-military-capacity-poll-shows-support-for-increasing-ability-to-defend-airspace-and-territorial-waters/>

ters-want-to-keep-ireland-neutral-but-increase-investment-in-defence-poll-shows/.

- 9 Die Mehrdeutigkeit des Begriffs wurde auch in Untersuchungen zu parlamentarischen Debatten über Sicherheit und Verteidigung hervorgehoben. Siehe Cornelia-Adriana Baciú, »Security Transformation and Multilateralism: The Future of Irish Defence and Foreign Policy,« *Irish Studies in International Affairs* 29 (2018): 97–117.
- 10 Dies bedeutet aus dem Gälischen übersetzt »Soldaten des Schicksals«. Die drei großen irischen politischen Parteien verwenden Namen in irischer Sprache. Fine Gael bedeutet übersetzt »Gälischer Stamm«. Sinn Féin bedeutet »Wir selbst allein« Der Name der Partei Aontú, die erst seit kurzem in der irischen Politikszene vertreten ist und zwei Sitze im aktuellen Dáil errungen hat, bedeutet übersetzt »Einheit«.
- 11 Alan J. Ward, »Lloyd George and the 1918 Irish Conscription Crisis,« *The Historical Journal* 17, Nr. 1 (1974): 107–29.
- 12 Es handelte sich dabei um zwei Häfen in Cork und einen Hafen in Donegal.
- 13 Sean McGraw und Eoin O'Malley, *One Party Dominance: Fianna Fáil and Irish Politics 1926–2016* (London: Routledge, 2017).
- 14 Churchill betonte in seiner Ansprache: »The sense of envelopment, which might at any moment turn to strangulation, lay heavy upon us. We had only the northwestern approach between Ulster and Scotland through which to bring in the means of life and to send out the forces of war. Owing to the action of Mr. de Valera, so much at variance with the temper and instinct of thousands of southern Irishmen, who hastened to the battlefield to prove their ancient valor, the approaches which the southern Irish ports and airfields could so easily have guarded were closed by the hostile aircraft and U-boats.

This was indeed a deadly moment in our life, and if it had not been for the loyalty and friendship of Northern Ireland we should have been forced to come to close quarters with Mr. de Valera or perish forever from the earth. However, with a restraint and poise to which, I say, history will find few parallels, we never laid a violent hand upon them, which at times would have been quite easy and quite natural, and left the de Valera Government to frolic with the German and later with the Japanese representatives to their heart's content.«

De Valera entgegnete: »Allowances can be made for Mr. Churchill's statement, however unworthy, in the first flush of his victory. No such excuse could be found for me in this quieter atmosphere. There are, however some things which it is my duty to say, some things which it is essential to say. I shall try to say them as dispassionately as I can.

Mr. Churchill makes it clear that, in certain circumstances, he would have violated our neutrality and that he would justify his action by Britain's necessity. It seems strange to me that Mr. Churchill does not see that this, if accepted, would mean Britain's necessity would become a moral code and that when this necessity became sufficiently great, other people's rights were not to count.« Winston Churchill, »Five Years of War, Broadcast to the British Nation,« 13 Mai 1945, iBiblio, online Information database, University of North Carolina at Chapel Hill, [www.ibiblio.org/pha/policy/1945/1945-05-13a.html](http://www.ibiblio.org/pha/policy/1945/1945-05-13a.html); »Eamon de Valera: Response to Churchill's Cri-

- ticism about Neutrality – 1945,« *Speakola*, <https://speakola.com/political/eamon-de-valera-churchill-criticism-1945>.
- 15 Eunan O’Halpin, *Spying on Ireland: British Intelligence and Irish Neutrality during the Second World War* (Oxford: Oxford University Press, 2008).
  - 16 Dáil Debates, Vol. 159, 3. Juli 1956, <https://www.oireachtas.ie/en/debates/debate/dail/1956-07-03/33/>.
  - 17 Conor Gallagher, »Irish Veterans of Siege of Jadotville to Receive Medals,« *Irish Times*, 13. Juni 2017, <https://www.irishtimes.com/news/politics/irish-veterans-of-siege-of-jadotville-to-receive-medals-1.3118324>. Im Jahr 2016 erschien ein Film, der die Belagerung der irischen Blauhelm-Soldaten behandelt, unter dem Titel *The Siege of Jadotville* (dt.: *Jadotville*).
  - 18 John Temple Lang, »The Irish Court Case Which Delayed the Single European Act: Crotty v An Taoiseach and Others,« *Common Market Law Review* 24, Nr. 4 (1987): 709–718.
  - 19 Vertrag von Maastricht (1992, 11. Änderung), Vertrag vom Amsterdam (1998, 18. Änderung), Vertrag von Nizza (Ablehnung der Änderung bei einem Referendum im Juni 2001, später Annahme der 26. Änderung in einem Referendum im Oktober 2002), Vertrag von Lissabon (Ablehnung der Änderung in einem Referendum im Juni 2008, später Annahme der 28. Änderung in einem Referendum im Oktober 2009).
  - 20 Bláthna Ruane, »Reflections on Procedural Rights in Constitutional Referenda,« *Irish Jurist* 48 (2012): 1–42.
  - 21 Schlussfolgerungen des Vorsitzes-Europäischer Rat von Sevilla, 21. und 22. Juni 2002, Anlage III, 41, [www.europarl.europa.eu/summits/pdf/sev2\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/summits/pdf/sev2_de.pdf).
  - 22 Die Formulierung dieser Bestimmung ist »The State shall not adopt a decision taken by the European Council to establish a common defence pursuant to Article 1.2 of the Treaty referred to in subsection 7 of this section where that common defence would include the State.«
  - 23 Die Anzahl der Kommissare wurde auf die Anzahl der Mitgliedstaaten begrenzt, jedoch darf ab einer bestimmten Zahl von Mitgliedstaaten nicht mehr jedes Land automatisch einen Kommissar stellen.
  - 24 Die Parteien, die sich gegen den Vertrag von Lissabon aussprachen, hatten im Parlament lediglich zehn Sitze inne. Die Green Party sprach sich als Oppositionspartei bei beiden Referenden zum Vertrag von Nizza gegen diesen Vertrag aus, befürwortete als Regierungspartei aber die Ratifikation des Vertrags von Lissabon.
  - 25 John O’Brennan, »Ireland’s Return to ›Normal‹ Voting Patterns on EU Issues: The 2002 Nice Treaty Referendum,« *European Political Science* 2, Nr. 2 (2003): 5–13; Stephen Quinlan, »The Lisbon Treaty Referendum 2008,« *Irish Political Studies* 24, Nr. 1 (2009): 107–121.
  - 26 Der Begriff »Triple-Lock« wurde in den Debatten über die Ratifizierung des Vertrags von Nizza durch Irland im Jahr 2001 eingeführt. Der Begriff ist zwar nicht gesetzlich definiert, spiegelt aber die Rechtslage wider, dass die Entsendung irischer Truppen ins Ausland ab einer Anzahl von mehr als 12 Personen im Rahmen einer UN-Mission der Zustimmung des Dáil bedarf. Seit 2001 ist dies die erklärte Politik der Regierungen in Bezug auf internationale Einsätze. Siehe auch Ben

- Tonra, »Unpicking the ›Triple-Lock‹ of Ireland's Defence Green Paper,« UCDSpire, <http://politicalscience.ie/?p=gjimmptzmfnaq&paged=13>.
- 27 Department of Defence, White Paper on Defence, Februar 2000, [https://ecfr.eu/archive/page/-/Eire\\_-\\_2000\\_-\\_White\\_Paper\\_on\\_Defence.pdf](https://ecfr.eu/archive/page/-/Eire_-_2000_-_White_Paper_on_Defence.pdf); Department of Defence, White Paper on Defence, August 2015, <https://assets.gov.ie/21963/f1e7723dd1764a4281692f3f7cb96966.pdf>.
  - 28 Department of Foreign Affairs, Challenges and Opportunities Abroad: White Paper on Foreign Policy, 1996; Government of Ireland, The Global Island: Ireland's Foreign Policy for a Changing World, 2015, <https://www.dfa.ie/media/dfa/alldfawebsitemedia/ourrolesandpolicies/ourwork/global-island/the-global-island-irelands-foreign-policy.pdf>.
  - 29 Michael Gallagher und Michael Marsh, Hg., How Ireland Voted 2011: The Full Story of Ireland's Earthquake Election (Cham: Palgrave Macmillan).
  - 30 Michael Gallagher, »The results analysed: The aftershocks continue,« in How Ireland Voted 2011: The Full Story of Ireland's Earthquake Election, hg. von Michael Gallagher und Michael Marsh (Cham: Palgrave Macmillan, 2011), 125–157.
  - 31 Michéal Lehane, »Three main parties looking to be becoming the new norm,« RTE, 30. November 2024, <https://www.rte.ie/news/election-24/2024/1129/1483848-exit-poll-analysis/>.
  - 32 Joint Committee on European Affairs, Dáil Éireann, 5. Juli 2017, [https://data.oireachtas.ie/ie/oireachtas/debateRecord/joint\\_committee\\_on\\_european\\_union\\_affairs/2017-07-05/debate/mul@/main.pdf](https://data.oireachtas.ie/ie/oireachtas/debateRecord/joint_committee_on_european_union_affairs/2017-07-05/debate/mul@/main.pdf)
  - 33 Christina Finn, »We're being asked to sell out our neutrality: Government accused of trying to rush EU defence deal vote,« The Journal.ie, 7. Dezember 2017, <https://www.thejournal.ie/eu-army-pesco-3734034-Dec2017/>.
  - 34 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014, <https://www.oireachtas.ie/en/debates/debate/dail/2017-12-07/38/>.
  - 35 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014.
  - 36 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014. Hier wird auf die Ernennung des Stabschefs der irischen Streitkräfte zum Vorsitzenden des Militärausschusses der Europäischen Union Bezug genommen.
  - 37 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014.
  - 38 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014.
  - 39 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014.
  - 40 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014.
  - 41 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014.
  - 42 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014.
  - 43 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014.
  - 44 Dáil Debates, Vol. 962 No. 8, 7. Dezember 2014.
  - 45 AP/Reuters, »Russia moves naval exercises off Irish coast,« DW, 30. Januar 2022, <https://www.dw.com/en/russia-moves-naval-exercises-upon-irelands-request/a-60599918>.
  - 46 Siehe hierzu auch ebenfalls Garvan Walshe, »Ireland's New Defense Realities,« Foreign Policy, Winter 2025, 17–18. Walshe weist darauf hin, dass Irland ein zentra-

ler Knotenpunkt für den transatlantischen Datentransfer mittels Seekabel und dadurch ein mögliches Ziel für russische Angriffe gegen diese Infrastruktur ist.

- 47 Siehe Commission of the Defence Forces, »Report of the Commission of the Defence Forces«, 9. Februar 2022, <https://www.military.ie/en/public-information/publications/report-of-the-commission-on-defence-forces/report-of-the-commission-on-on-defence-forces.pdf>.
- 48 Cormac O'Keeffe, »The struggle between ambition and reality in the defence of the nation«, Irish Examiner, 15. Juli 2022, <https://www.irishexaminer.com/opinion/commentanalysis/arid-40918523.html>.
- 49 Michéal Lehane, »Govt to approve plan for Ireland to join EU military initiative«, RTE News, 11. Juni 2024, <https://www.rte.ie/news/politics/2024/0611/1454083-government-eu/>.
- 50 Cormac O'Keeffe, »Ireland will ›pay its share‹ of the EU's growing fund for Ukraine«, Irish Examiner, 10. April 2022, <https://www.irishexaminer.com/news/arid-40848644.html>.
- 51 Neil Michael, »Filatov: ›No ambiguity about the fact that Ireland is not neutral in the Ukrainian conflict‹«, Irish Examiner, 27. Oktober 2022, <https://www.irishexaminer.com/news/arid-40993562.html>.
- 52 Ronán Duffy, »Taoiseach: Ireland ›not politically neutral but militarily neutral‹ as Ukraine travel advice is updated«, The Journal, 25. Januar 2022, <https://www.thejournal.ie/training-exercise-russia-ireland-5664154-Jan2022/>.
- 53 Jade Wilson und Polina Maliuzhonok, »Six months of protests at Dublin's Russian embassy: ›We have other things to do but this is more important‹«, The Irish Times, 16. August 2022, <https://www.irishtimes.com/ireland/2022/08/12/six-months-of-protests-at-dublins-russian-embassy-we-have-other-things-to-do-but-this-is-more-important/>.
- 54 Gráinne Ní Aodha, »Government appeals for more pledged accommodation for Ukrainians«, BreakingNews.ie, 24. November 2022, <https://www.breakingnews.ie/ireland/irish-government-appeals-for-more-pledged-accommodation-for-ukrainians-1396587.html>.
- 55 Cormac O'Keeffe, »Man appears in court after truck crashed through Russian embassy gate«, Irish Examiner, 8. März 2022, <https://www.irishexaminer.com/news/courtandcrime/arid-40824033.html>.
- 56 »Ukraine war: Irish PM visits areas of war-torn Kyiv«, BBC, 6. Juli 2022, <https://www.bbc.com/news/world-europe-62062722>.
- 57 Gabija Gataveckaite und John Downing, »›An aggressive anti-Russian propaganda campaign‹ – Ireland in the firing line as 52 politicians banned from entering Russia«, Irish Independent, 17. November 2022, <https://www.independent.ie/irish-news/an-aggressive-anti-russian-propaganda-campaign-ireland-in-the-firing-line-as-52-politicians-banned-from-entering-russia/42150752.html>.
- 58 Séan Pollack, »Parts made by Irish tech company allegedly found in 500kg Russian bomb in Ukraine«, Belfast Telegraph, 16. Juli 2023, <https://www.belfasttelegraph.co.uk/business/technology/parts-made-by-irish-tech-company-allegedly-found-in-500kg-russian-bomb-in-ukraine/a1368973419.html>.

- 59 Niall O'Connor, »A web of global smugglers has sent Irish tech to build Russian drones used in Ukraine war,« *The Journal.ie*, 19. Juli 2023, <https://www.thejournal.ie/irish-components-ukraine-russia-war-5942326-Jul2023/>.
- 60 Tánaiste Micheál Martin, »National Statement by Tánaiste Micheál Martin at the Ukraine Recovery Conference, London, 21 June 2023,« Department of Foreign Affairs, 21. Juni 2023, <https://www.gov.ie/en/speech/88cd3-national-statement-by-tanaiste-micheal-martin-at-the-ukraine-recovery-conference-london-21-june-2023/>; President of Ukraine, »President of Ukraine met with the Taoiseach of Ireland in Kyiv,« 19. Juli 2023, <https://www.president.gov.ua/en/news/prezident-ukrayini-zustrivsyia-z-premyer-ministrom-irlandiyi-84413>.
- 61 Jessica Parker und Paul Kirby, »EU to open membership talks with Ukraine and Moldova,« *BBC*, 14. Dezember 2023, <https://www.bbc.com/news/world-europe-67722252> (3. Dezember 2024)
- 62 President of Ukraine, »President of Ukraine met with the Taoiseach of Ireland in Kyiv.«
- 63 Conor Gallagher, »Training of Ukrainian military by Defence Forces to be sporadic and short-term, officers told,« *Irish Times*, 20. März 2023, <https://www.irishtimes.com/ireland/2023/03/14/defence-forces-training-for-ukraine-military-to-be-sporadic-and-short-term/>.
- 64 Nicky Ryan, »TD calls for Ireland to provide anti-tank weapons to Ukraine,« *The Journal.ie*, 26. Februar 2022, <https://www.thejournal.ie/ireland-send-weapons-to-ukraine-5694833-Feb2022/>.
- 65 Neil Michael, »Filatov: »No ambiguity about the fact that Ireland is not neutral in the Ukrainian conflict,« *Irish Examiner*, 27. Oktober 2022, <https://www.irishexaminer.com/news/arid-40993562.html>.
- 66 Amy Nolan, »Cork protestors to explain why they disrupted security and defence forum,« *Echo Live.ie*, 28. Juni 2023, <https://www.echolive.ie/corknews/arid-41172142.html>.
- 67 Nolan, »Cork protestors to explain why they disrupted security and defence forum.«
- 68 Professor Dame Louise Richardson, »Consultative Forum on International Security Policy: Report to an Tánaiste,« 10. Oktober 2023, 10, <https://assets.gov.ie/275081/6cbe12c4-2f01-4fdc-a8e5-98e14coe1546.pdf>.
- 69 Sandra Hurley, »Proposal to remove UNSC veto over Ireland's »triple lock,« *RTÉ News*, 23. Februar 2025, <https://www.rte.ie/news/politics/2025/0223/1498408-triple-lock/>.
- 70 Walshe, »Ireland's New Defense Reality,« 17.
- 71 Christina Finn, »Micheál Martin announces plan to get rid of triple lock which limits Irish military operations overseas,« *The Journal.ie*, 22. November 2023, <https://www.thejournal.ie/triple-lock-changes-micheal-martin-6229725-Nov2023/>.
- 72 Niall O'Connor und Jane Matthews, »Raft of ambitious timelines in Irish Defence Forces change plan published by Government today,« *The Journal.ie*, 21. November 2023, <https://www.thejournal.ie/defence-forces-change-plan-launch-cabinet-6227998-Nov2023/>.

- 73 Fianna Fáil, Moving Forward Together, General Election Manifesto 2024, 128, [https://7358484.fs1.hubspotusercontent-na1.net/hubfs/7358484/FF%20Manifesto%202024\\_V4\\_Screen%5B45%5D.pdf](https://7358484.fs1.hubspotusercontent-na1.net/hubfs/7358484/FF%20Manifesto%202024_V4_Screen%5B45%5D.pdf); Fine Gael, Serving your Future General Election Manifesto 2024, 71, <https://www.finegae.ie/app/uploads/2024/11/Fine-Gael-General-Election-2024-Manifesto.pdf>.
- 74 Social Democrats, For the Future, General Election Manifesto 2024, 138, <https://www.socialdemocrats.ie/wp-content/uploads/2024/11/GE24Manifesto.pdf>.
- 75 Sinn Féin, The Choice for Change, General Election Manifesto 2024, 162, <https://vote.sinnfein.ie/wp-content/uploads/2024/11/SinnFeinManifesto2024.pdf>.
- 76 Sinn Féin, The Choice for Change, 154; »Ukraine using long-range missiles not good news – SF leader,« RTE News, 25. November 2024, <https://www.rte.ie/news/post/104566397/>.
- 77 Labour, Building Better Together, General Election Manifesto 2024, 125, <https://labour.ie/wp-content/uploads/2021/10/Labour-Manifesto-2024-Building-Better-Together.pdf>; Aontú, Our Common Sense (Part 2), General Election Manifesto 2024, 28, <https://aontu.ie/styles/kcfinder/upload/images/Manifestop2.pdf>; Independent Ireland, Common Sense Solutions for a better Ireland, General Election Manifesto, 24, <https://static1.squarespace.com/static/64cdfa8cebed2a5db88d4067/t/67476ca41cf5ado46974fbcf/1732734118555/Compressed+General+Election+Manifesto.pdf>; Green Party, Towards 2030: A decade of change, General Election Manifesto 2024, 70, [https://www.greenparty.ie/sites/default/files/2024-11/Manifesto%20OCT%2024%20-%20digital%20version\\_final.pdf](https://www.greenparty.ie/sites/default/files/2024-11/Manifesto%20OCT%2024%20-%20digital%20version_final.pdf); People Before Profit Alliance/Solidarity, Another Ireland is Possible, General Election Manifesto 2024, 28, <https://www.pbp.ie/ge24/manifesto/>.
- 78 Green Party, Towards 2030, 70; People Before Profit Alliance/Solidarity, Another Ireland is Possible, 28.
- 79 Aontú, Our Common Sense, 28.
- 80 Fine Gael, Serving your Future, 71; Fianna Fáil, Moving Forward Together, 128; Labour, Building Better Together, 123; Sinn Féin, The Choice for Change, 164.
- 81 People Before Profit Alliance/Solidarity, Another Ireland is Possible, 28.
- 82 Fianna Fáil, Moving Forward Together, 119, 120.
- 83 Irland ist insofern ungewöhnlich, als es keinen eigenständigen Verteidigungsminister gibt, sondern die Zuständigkeit im Kabinett derzeit vom Außenminister wahrgenommen wird und früher mit dem Amt des Taoiseach, dem Amt des Tánaiste und sogar dem Landwirtschaftsminister verbunden war.
- 84 Fine Gael, Serving your Future, 71, 73.
- 85 Labour, Building Better Together, 125
- 86 Green Party, Towards 2030, 70.
- 87 Leahy, »Voters want to keep neutrality, but improve Ireland's military capacity.«
- 88 Das European Movement Ireland veröffentlichte im März 2024 Umfrageergebnisse, wonach 56 % der Befragten eine Erhöhung der Investitionen in die Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit mit Europa befürworten. Siehe European Movement Ireland, EM Ireland EU Poll 2024, <https://www.europeanmovement.ie/wp-content/uploads/2024/05/EM-Ireland-EU-Poll-2024.pdf>.

- 89 Fiachra O'Cionnaith, »Housing, homelessness biggest issue for Election 2024 voters,« RTÉ News, 30. November 2024, <https://www.rte.ie/news/election-24/2024/1130/1483888-election-age-gender/>.